

Steilvorlage für Diktatoren

Fußball-WM in Katar: „Erhellende Zwischentöne“, FR-Sport vom 24. März

Frau Schenk will also differenzieren, und die Rundschau findet das in der Überschrift „erhellend“. Habe ich die subtile Ironie übersehen?

Differenziert wird vor allem bei den Menschenrechten: Was sind denn „Menschenrechtsverletzungen nach Standards des Westens“? Was heißt es denn, dass Katar „nach europäischen Maßstäben“ immer noch ein rückständiges Land sein mag? Der Rückstand dürfte kaum für die Wirtschaftskraft des Landes gelten, sondern im Zusammenhang des Artikels für die Menschenrechte. Eine Steilvorlage für alle Diktatoren dieser Welt, die ja (vor allem in Asien) die Menschenrechte sowieso für eine Erfindung des Westens halten.

Zum Differenzieren gehört auch, dass die Hintergründe für die 6500 toten Arbeitsmigranten seriös eingeordnet werden müssen – vielleicht sind sie ja an Altersschwäche oder Heimweh gestorben? Herr Beckenbauer hat ja auch keine Arbeitssklaven gesehen. Unglaublich zynisch ist der Hinweis auf den „Stolz der Arbeiter auf die fertigen Stadien“. Das ist ja praktisch – dann muss man z.B. auch Pflegekräften keine anständigen Gehälter zahlen, weil die vielleicht doch irgendwie stolz auf ihre Arbeit sind.

Leider ist es immer so: Differenzierung wird dann verlangt, wenn es den eigenen Interessen dient. Frau Schenk will den Sport. Das ehrlichste Wort des ganzen Artikels steht daher schon in der Überschrift: Soll man die Fußball-WM in Katar boykottieren? „Natürlich nicht“.

Michael Hamke, Bad Soden



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210329.

Schutz und Pflege von Insekten – dafür würden viele Menschen gern etwas tun, denn die Zahl der Insekten sinkt gefährlich. Bronski baut daher seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie bitte hier: frblog.de/garten-02

Schöne Bescherung im Land der Vettern

Zu: „CSU will integrativer werden“ und „Union im Affären-Sumpf“, FR-Politik vom 22. und 20. März

Wo bleibt der Aufschrei der Lobbyisten?

Nach langem Widerstand, speziell der Unions-Parteien, wird es wohl endlich ein Lobby-Register geben. Aber was nützt das, wenn, wie im Artikel beschrieben, viele Bundestagsabgeordnete (nebenbei?) sogenannte Beratungsfirmen betreiben bzw. an solchen beteiligt sind? Da braucht es doch gar keine Lobbyisten mehr, diese Abgeordneten sind das in Personalunion! Ich hoffe auf einen Aufschrei der vielen um die Abgeordneten herumstehenden Lobbyisten zwecks Erhaltung ihres Berufszweiges, das sind doch auch Arbeitsplätze – oder? Jochim Maack, Hamburg

Keine Grenzen für persönliche Bereicherung

Bei allem Ärger über die Korruption der Abgeordneten sollte man nicht vergessen: Die Unternehmen, die die Provisionen rübergeschoben haben, haben ein Mehrfaches am Verkauf medizinischer Produkte verdient! Nennt sie beim Namen!

Die Menschen sind demokratiemüde, weil sie sich von den gewählten Vertretern betrogen fühlen. Ich bin auch kapitalismuskümmert, denn die Geschäftemacher, die sich skrupellos an Steuergeld bedienen, kennen keine Grenzen für ihre persönliche Bereicherung. Wir sollten durch das Verschweigen dieses Sachverhalts nicht zur weiteren Verschleierung der wahren Vermögens- und damit auch Machtverhältnisse beitragen. Marianne Friemelt, Frankfurt

Wenn das Mandat zur Nebentätigkeit verkommt

Was bei all den bekannt gewordenen Skandalen um Maskenbe-

schaffung übersehen wird, sind die Verdienste der Protagonisten um eine Wahlrechtsreform für den Bundestag. Dass es zu viele MdB gibt, ist bekannt. Die Wahlrechtsreform taugt nichts. Die unfreiwilligen, ungewollten, auch den Protagonisten nicht bekannten Verdienste zur Verkleinerung des Bundestages liegen doch offen zu Tage!

Wenn das Mandat zur Nebentätigkeit verkommen ist, dann vermuten Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller, dass die MdB nicht ausgelastet sind. In jedem Unternehmen, in dem das der Fall ist, wird die Anzahl der Mitarbeiter verkleinert. Für letztere nicht angenehm, so läuft es aber. Wenn in einem politischen Betrieb, einem Parlament, die Arbeit, so wie es aussieht, auf weniger Köpfe verteilt werden kann, dann muss dieser politische Betrieb verkleinert werden. Auf die Hälfte der Köpfe. Diese rollen nicht, sie werden sehr sanft aufgefangen. Mit einer Maximalpension, für die ein durchschnittlicher Arbeitnehmer 160 Jahre arbeiten müsste. Ganz im Gegensatz zu den MdB.

Die dann freierwerdenden Büros der MdB stünden nach der Verkleinerung des Bundestags dem angespannten Berliner Wohnungsmarkt zur Verfügung. Auch die Luftqualität in Berlin würde besser, weil die Fahrbereitschaft weniger zu fahren hätte. Das wär' doch was.

Gerhard Müller, Offenbach

Ein Viertel der Befragten sagt: Das ist doch normal!

Politisch korrekt müsste ich jetzt schreiben: Kein Generalverdacht, es ist immer der Einzelfall zu prüfen. Allerdings verweigern mir meine Finger hierbei den

Dienst. Schon zu Beginn meiner Sozialisierung und Politisierung im Land der Vettern bekam ich im Hinblick auf die Wirtschaft zu hören: „Da ist doch nichts dabei, das ist doch normal!“ Es scheint, dem ist immer noch so.

So hat die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Bundestagsfraktion Karin Maag am 9.3.2021 im Interview mit dem Deutschlandfunk auf die Frage des Interviewers, weshalb sie denn einer Nebentätigkeit nachgehe, die auf einen Interessenskonflikt hindeutet, mit schwäbischem Zungenschlag geantwortet: „Weil's kein Interessenskonflikt ist“. Bei der Nebentätigkeit handelt es sich um eine ordnungsgemäß angezeigte Beratungstätigkeit für die DaVita Medical Group, einem Anbieter von Dialyседienstleistungen.

Und jetzt sollen es also die Vorsitzenden der beiden Unionsparteien richten. Wobei der eine, Armin Laschet, CDU, über Kontakte bis tief in den Stromkonzern RWE (Kohleabbau im rheinischen Revier), der andere, Markus Söder, CSU, bis tief in die Automobilindustrie (BMW) hinein verfügt. Als ob der Witz um die Maskenaffäre nicht schon schlecht genug wäre!

Ob die Unionsparteien ein strukturelles Problem in diesem Zusammenhang haben, vermag ich nicht einzuschätzen. Aber ganz sicher sind es keine „Einzelfälle“! Es bleibt spannend zu sehen, ob das kurze Langzeitgedächtnis der Wahlberechtigten bis zur Bundestagswahl trägt. Die Union ist laut den Umfragen zwar im Sinkflug, jedoch findet offensichtlich zumindest noch ein Viertel der Befragten: „Da ist doch nichts dabei, das ist doch normal!“ Otto Gebhardt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/dienende-politik

Ungeeignet als Vorbild

Zu: „Militärische Ehre für toten ‚Landshut‘-Piloten“, FR-Politik v. 27.3.

Der Luftwaffenführung gebührt Anerkennung für die Änderung des Namens für die Appener Kaserne. Man kann sich nur wünschen, dass sich die Marineführung dies zum Vorbild nimmt und endlich Abstand nimmt von Admiral Rolf Johannesson, der noch am 21. April 1945 Todesurteile für fünf Männer unterschrieb, die Helgoland vor der weiteren Zerstörung bewahren wollten. Ist er durch dieses Verhalten schon ungeeignet als Vorbild für Offiziersanwärter, so gilt dies insbesondere für sein Nachkriegsverhalten: Er forderte Mut, Zivilcourage, um die ganze Wahrheit ans Licht zu bringen – und beschwieg lebenslang die o.a. Todesurteile. Aber noch immer ist ein Preis für Lehrgangsbeste nach ihm benannt, noch immer steht seine Büste unzureichend beschriftet in der Aula der Marineschule Mürwik.

Dieter Hartwig,
Fregattenkapitän a.D., Kiel

Eklatantes Versagen des Rechtsstaats sieht anders aus

„Querdenker“-Demos: „Überforderte Polizei“, FR-Regional vom 26. März

Unentschlossenheit wurde für Kassel zum Nachteil

In Darmstadt wurde der Karolinenplatz in der Stadtmitte vom Veranstalter verlangt. Man verlangte vor dem Impfzentrum demonstrieren zu dürfen. Darmstadt verlegte zum Böllenfalltor im Südosten der Stadt. In Hanau ist ein Platz im Stadtteil Kesselstadt vom Veranstalter verlangt worden. Kesselstadt ist der Stadtteil der Anschläge. Die Alternativen – Schlosspark Philippsruhe, der Freiheitsplatz mit Lauf für Demokratie, Freiheit und Grundrechte – wurden vom Veranstalter abgelehnt.

Darmstadt verbietet, Hanau verbietet und die Polizei ist mit den „Querdenkern“ überfordert. Bei einer der größten Kundgebungen in Deutschland seit Jahresbeginn in Kassel am 21.3.21 zeigte sich, dass die Unentschlossenheit der Stadt Kassel gegen die Entschlossenheit, die sich in einer großen Menge durchsetzt, zum Nachteil der Stadt entwickelt.

Diese Entschlossenheit zeichnete auch die Anhänger von Donald Trump aus.

Stefan Vollmershausen, Dreieich

Die Polizei, der brutale Buhmann

An diesem Artikel merkt man wieder einmal, dass die Polizei gerade bei Demonstrationen oft zum Buhmann gemacht wird, egal was sie auch tut. Und das in Abhängigkeit davon, aus welchem Blickwinkel auf das Gesamtgeschehen geschaut wird.

Heute ist es die deeskalierende Polizei, deren Vorgehen bei der Demonstration der sogenannten „Querdenker“ in Kassel in die Kritik geraten ist. „In Kassel wurde nicht einmal versucht, die Demonstrierenden von der Innenstadt fernzuhalten. Stattdessen ließen einige Beamtinnen und Beamte ihre Aggressionen an Gegen-demonstrierenden aus. Das ist keine Taktik, es ist ein Armutszeugnis“, so Jan Sternberg in seinem Kommentar vom 22.3. In seinem Leserbrief vom 26.3. versteigt sich

Wulfhard Baumlein gar zu dem Satz: „Aber in Kassel konnten mehrere Tausend Corona-Leugner unbehelligt (gemeint ist: von der Polizei, M.W.) durch die Stadt marodieren“ (die Verben plündern und brandschatzen sind dazu die Synonyme). Ja, geht's noch?

Bei anderen Demonstrationen wurde im Gegensatz dazu oft das brutale Vorgehen der Polizei oder auch die rechtswidrige Einkesselung von Demonstranten durch die Polizei gerügt.

Laut Sternberg steht in der Pressemitteilung der Polizei zur Demonstration in Kassel der Satz: „Die Teilnehmer kamen augenscheinlich überwiegend aus dem bürgerlichen Lager und zeigten insgesamt eher keine erkennbare Tendenz zu gewalttätigen Aktionen.“ Das bestätigt Jutta Rippegather in ihrem Artikel: „Von den Corona-Kritikern, darunter auch Kinder, sei keine Gewalt ausgegangen.“ Das zeigt mir, dass in diesem Fall die deeskalierende Polizei alles richtig gemacht haben muss. „Ein eklatantes Versagen des Rechtsstaates“,

wie es MDL Günter Rudolph (SPD) beschreibt, sieht für mich auf jeden Fall anders aus!

Auch zeigt Herr Rudolph als ehemaliger höherer Verwaltungsbeamter des öffentlichen Dienstes der Stadt Kassel leider, dass er vom Grundgesetz nicht viel verstanden haben kann, wenn er die Gerichte kritisiert, die die Demonstration erlaubt haben. Diese haben natürlich darüber zu urteilen, ob das hohe Gut der Demonstrationsfreiheit (GG Art.8) höher wiegt als Einschränkungen oder Verbote. Das haben sie in diesem Fall getan! Es ist nicht Aufgabe eines Gerichtes, bestimmte Dinge vorherzusehen („Querdenker neigen nicht dazu, sich an Auflagen zu halten“, Zitat MDL Rudolph), sondern sie haben nach Recht und Gesetz zu urteilen. Ich lege ihm das Buch von Hans-Jürgen Papier „Die Warnung – Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“ ans Herz! Das sollte sein Verständnis von Recht und Gesetz steigern helfen.

Matthias Wooge, Neu-Isenburg

Diskussion: frblog.de/demo-kassel